

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 3/19/2004 8:33:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 25.03.2004, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde

3. **03-V-14-0001**

DL 14/03-6, 13/03-6

Prüfung der Jahresrechnung 2000
Berichterstatter: Stadtv. Peter Reitz

4. 04-F-02-0025

Gewerbegebiet Petersweg Ost
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 15.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Teiländerung des Bebauungsplanes Petersweg Ost umgehend zu erarbeiten und das entsprechende Verfahren schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen, wobei die Teiländerung

1. der tatsächlichen Marktsituation angepasst ist,
2. den geplanten Grüngürtel „grünes Forum“ bzw. Boulevard, der durch das Gewerbegebiet führt, unangetastet lässt und
3. keine innenstadtrelevanten Angebote entsprechend des Gliederungsvorschlages der GMA-Studie von 1998 für das Gewerbegebiet Petersweg Ost enthält.

5. 04-F-20-0003

Keine Schließung des ESWE-Hallenbades
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Erhaltung des ESWE-Hallenbades als wichtige Einrichtung für den Freizeit-, Schwimm- und Schulsport aus. Der Oberbürgermeister und die übrigen Vertreter der LH Wiesbaden im Aufsichtsrat der ESWE Versorgung werden deshalb gebeten, umgehend einen Beschluss herbeizuführen, damit das ESWE-Hallenbad über den 31.12.2004 hinaus in Betrieb bleibt.

6. 04-F-05-0003

Zuschüsse zu Infrastrukturmaßnahmen
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten, auf Landes- und Bundesebene sowie im Deutschen Städtetag darauf hinzuwirken, dass sich die Schwierigkeiten bei der Einführung der Autobahn Maut nicht negativ auf die Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen in Wiesbaden auswirken.

Der Magistrat wird des weiteren gebeten zu berichten, in welcher Höhe Landes- und / oder Bundesmittel aufgrund dieser Schwierigkeiten bei der Einführung der Autobahn Maut gefährdet sind.

7. 04-F-03-0027

Aufklärung und Beseitigung von Defiziten im Stadtentwicklungsdezernat
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
17.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

Die fortlaufende Presseberichterstattung zu fehlerhaften, gerichtlich beanstandeten Baugenehmigungen und die bei einzelnen Bebauungsplanverfahren (Südliche Kohlheckstraße) bekannt gewordenen Mängel in der Abstimmung der größtenteils dem Dezernat IV unterstehenden Fachämter und anderer Dezernate mit der Folge obsoleter Planungsverfahren bzw. nicht abgewogener Baumfällungen schaden dem Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden, verärgern zur Recht die BürgerInnen und verursachen unnötige Kosten durch Verfahrensverzögerungen.

Auch die von massiver Kritik der MitarbeiterInnen und Öffentlichkeit begleitete, intransparente Vorgehensweise bei Umstrukturierungen im Bereich Grün- und neuerdings auch im Hochbauamt tragen zu diesem Negativbild bei.

Derartige, sich häufende Vorfälle erzeugen in der Öffentlichkeit das Bild einer mangelhaften Verwaltungssteuerung und diskreditieren die Kompetenz der Wiesbadener Fachverwaltung.

Insofern sind Wiederholungen absolut zu vermeiden und umgehend Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert

1. Eine umfassende Aufklärung der öffentlich kritisierten Vorfälle im Bereich Baugenehmigungspraxis, Bauleitplanung sowie der Strukturveränderungen im Hochbauamt durch das Revisionsamt zu beauftragen und der Stadtverordnetenversammlung bis zum nächsten Sitzungszug über die Ergebnisse zu berichten.
2. Insbesondere sind in dem Bericht Vorschläge zu unterbreiten, durch welche Controlling- oder sonstigen organisatorischen Maßnahmen innerhalb des Dezernats bzw. durch welche optimierte Form der Einbindung/Beteiligung der einschlägigen Gremien bzw. Kommissionen in den jeweiligen Entscheidungsverfahren derartige Vorfälle zukünftig ausgeschlossen werden können.
3. Sollte der Bericht ergeben, dass die Ursachen für die öffentlich in Misskredit geratene Baugenehmigungspraxis, Bauleitplanung und Strukturveränderungen der Landeshauptstadt Wiesbaden in der Dezernatsstruktur und dessen Umfang bzw. der dadurch bedingten Überforderung des Stadtentwicklungsdezernats mit Koordinations- und Steuerungsaufgaben begründet sind, sind Vorschläge für neue Dezernatszuschnitte vorzulegen.
4. Darüber hinaus ist die Erarbeitung von geeigneten planungs- wie baurechtlichen Instrumenten, wie sie der Ausschuss von Planung, Bau und Verkehr mit Beschluss vom 15. März angeregt hat, mit Nachdruck zu beschleunigen, insbesondere in den von Nachverdichtung und Überplanung betroffenen Gebieten der Innenstadt, und der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sommerpause über die Resultate zu berichten.

8. 04-F-04-0003

Sachstandsbericht über die Bebauung des Geländes der ehemaligen Hauptpost
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 17.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird um einen Bericht über den Sachstand der Bebauung des Geländes der ehemaligen Hauptpost gebeten.

Der Bericht soll insbesondere auf die folgenden Fragen eingehen:

Wann ist definitiv mit dem Baubeginn zu rechnen?

Welchen Umfang und welche Gestaltung wird die Bebauung haben?

Sind mit dem oder den Eigentümern verbindliche Absprachen über eine zeitnahe Beseitigung dieses Schandfleckes an exponierter Stelle in unserer Stadt getroffen worden?

9. 04-F-06-0004

Fördergelder für den Wiesbadener Flüchtlingsrat
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 25.02.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung hält die Arbeit des Flüchtlingsrates Wiesbaden im Rahmen des Integrationskonzepts für unverzichtbar. Deshalb soll der Flüchtlingsrat Wiesbaden auch in den Jahren 2004 und 2005 wie bisher mit jährlich 15.000 Euro von der Stadt Wiesbaden unterstützt werden.

10. 04-F-01-0016

Erschließung Petersweg Ost
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 15.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- die Stadtverordnetenversammlung zu informieren, welche Betriebe ein konkretes Interesse an einem Grundstück im Gewerbegebiet Petersweg Ost bekundet haben, jedoch unter Verweis auf die Festsetzungen des Bebauungsplans von einer Investition am Petersweg Abstand genommen haben.
- gemeinsam mit Dez. IV geeignete Vorschläge zu erarbeiten, wie im Einzelfall – z.B. im Wege einer Befreiung oder eines Vorhaben- und Erschließungsplans – gemeinsam mit dem Investor eine Ansiedlung ermöglicht werden kann, die dem Ziel der Schaffung einer möglichst hohen Zahl von Arbeitsplätzen dient, den hochwertigen Gesamtcharakter des Gewerbegebietes aber nicht beeinträchtigt.

11. 04-F-06-0003

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 25.03.2004

Erhalt des ESWE-Bades

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 15.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass seitens ESWE keine Maßnahmen ergriffen werden, die einem Weiterbetrieb des ESWE-Bades über den 31. Dezember 2004 hinaus entgegenstehen.

12. 04-F-01-0015

Kulturpark am Schlachthof

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

- Welche Schritte wurden bisher unternommen, um das Gelände am ehemaligen Schlachthof in einen Kulturpark zu verwandeln?
- Welche Ergebnisse wurden bei dem Workshop der städtischen Ämter zum Thema Kulturpark am 11. März 2004 erzielt?
- Welches Amt hat die Federführung und damit die Hauptzuständigkeit bei diesem Projekt?
- Wie werden die erforderlichen Kosten zur Erstellung eines konkreten Planungsentwurfes für die Freifläche zwischen KUK und Wasserturm finanziert?
- Ist im Rahmen der im April startenden Bauarbeiten zur Schaffung der Kongressparkplätze mit einer direkt anschließenden Gestaltung der Nordseite KuK im Sinne des Konzeptes Kulturpark zu rechnen?
- Wie bewertet der Magistrat das Angebot eines Sponsors zur Planung und Erstellung der freiflächigen Skateanlage? Wie gedenkt er damit umzugehen?
- Ist bereits ein Bauantrag für das Multiplexkino am Schlachthof gestellt worden? Wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?
- Wie ist die Partizipation Jugendlicher an diesem Projekt sichergestellt?

13. 04-F-01-0019

Sparkassenversicherung

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die dem Magistrat angehörenden Aufsichtsratsmitglieder der Sparkassenversicherung werden gebeten,

- über die Ergebnisse der Aufsichtsratssitzung vom 17.3.2004 bezüglich des Standortwechsels der Sparkassenversicherung zu berichten

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 25.03.2004

- darzulegen, welche weiteren Aktivitäten seitens des Magistrates geplant sind, um den Unternehmensstandort Wiesbaden zu erhalten.

14. 04-F-01-0020

Situation Hochbauamt / Facility-Management

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Aus einem den Stadtverordnetenfraktionen zugegangenem Schreiben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hochbauamtes (Amt 64) geht hervor, dass eine von Dez. IV geplante Umorganisation des Amtes nicht die Zustimmung der Belegschaft findet.

Der Magistrat wird deshalb gebeten

- zu berichten, welche konkreten Umstrukturierungen in nächster Zeit im Hochbauamt geplant sind.
- wie das Facility-Management, welches das Amt 64 derzeit für die Stadt gewährleistet, nach der geplanten Umorganisation erfolgreich fortgeführt werden soll.

15. 04-F-02-0024

Bundeskürzungen im Sozialbereich

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird um Bericht gebeten, welche finanziellen Auswirkungen die auf Bundesebene zum Jahreswechsel erfolgten bzw. beschlossenen Kürzungen im Sozialbereich
 - a) für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt
 - b) auf die städtischen Finanzenhaben.
2. Dabei ist insbesondere auf die Kürzungsmaßnahmen einzugehen:
 - Vorenthaltung der Rentenanpassung 2004
 - Faktische Rentenkürzung durch Übernahme des vollen Pflegeversicherungsbeitrages durch die Rentner
 - Renteneinbußen durch den „Nachhaltigkeitsfaktor“
 - Renteneinbußen durch die schrittweise Abschaffung der Anrechnung von Ausbildungszeiten
 - Verschiebung des Auszahlungstermins für Neurentner auf das Monatsende
 - Begrenzung des Anspruches auf Arbeitslosengeld auf 12 Monate

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 25.03.2004

- Einführung des Arbeitslosengeldes II (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Hartz-IV) zum 1.1.05
- Einführung der „Praxisgebühr“ von 10 €
- Erhöhte Zuzahlungen für Arznei- Heil- und Hilfsmittel usw.
- Erhöhte Zuzahlungen für häusliche Krankenpflege

Tagesordnung II

- 1. 03-F-01-0037** **DL 06/04-1**
Grundstück Leberberg
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0061 vom 16.03.2004 -
- 2. 03-V-41-0035** **DL 06/04-3**
Kontaktstudium für ausländische Studierende an der Wiesbadener Musikakademie
- 3. 03-V-51-0057** **DL 06/04-5**
Überplanmäßige Mittelausgabe 2003 für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
- 4. 03-V-51-0060** **DL 06/04-6**
1. Erhöhter Zuschussbedarf im Haushaltsjahr 2003 im Deckungskreis 1.4100 -1.4140/
Sozialhilfe
2. Ungedeckte Sozialhilfeausgaben für Grundsicherungs- (GSiG)-empfänger im Haushaltsjahr
2003 im Unterabschnitt 4100/ Hilfe zum Lebensunterhalt
- 5. 03-V-66-0319** **DL 07/04-1**
Konrad-Zuse-Straße und Borsigstraße in Wiesbaden-Nordenstadt; Umstufung gem. HStrG § 5
- 6. 03-V-70-0002** **DL 06/04-9, 04/03-21**
Bericht 3. Quartal 2002 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
- 7. 03-V-82-0009** **DL 06/04-10**

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 25.03.2004

Feststellung des Jahresabschlusses 2002 der Kurbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

- 8. 04-A-17-0001 DL 07/04-11**
Jahresbericht 2003 des Patientenfürsprechers der HSK
- 9. 04-A-17-0002 DL 07/04-12**
Jahresbericht 2003 der Patientenfürsprecherin für die Asklepios Paulinen Klinik u.a. Wiesbadener Krankenhäuser
- 10. 04-V-01-0003 DL 07/04-10**
Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 33. Sitzung am 28.01.2004
- 11. 04-V-08-0001 DL 06/04-11**
Brandschutzsanierung der Friedrich-Ebert-Schule;
Freigabe der Haushaltsmittel bei Haushaltsstelle 2.2400.940000.8.702
- 12. 04-V-10-0001 DL 06/04-12**
Geplante Aktivitäten mit Partnerstädten im Jahr 2004
- 13. 04-V-10-0009 DL 06/04-13**
Freigabe von Haushaltsmitteln zur Teilnahme am EU-Projekt "Parade of Joy" in der polnischen Partnerstadt Breslau
- 14. 04-V-10-0010**
Neu- und Umbesetzungen in verschiedenen Gremien
- ANLAGE**
- 15. 04-V-10-0011 DL 08/04-2, 07/04-4**

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 25.03.2004

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln; Umbau Ortsverwaltung Dotzheim

- 16. 04-V-20-0004 DL 06/04-15**
Investitionscontrolling 4. Quartal 2003
- 17. 04-V-20-0008 DL 07/04-5**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2003 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 18. 04-V-20-0009 DL 06/04-16**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2003 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 19. 04-V-31-0001 DL 06/04-17**
Investitionsmaßnahme im Bereich Verkehrsüberwachung
- 20. 04-V-33-0002 DL 06/04-18**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln
- 21. 04-V-51-0003 DL 06/04-19**
Bereitstellung von APL-Mittel i. H. v. 30.000,00 Euro für die notwendige Erweiterung der Heizkesselanlage in der Altenwohnanlage in der Schiersteiner Straße 70 - 78 (HHStelle: 2.8910.961000.8.700)
- 22. 04-V-66-0302 DL 06/04-22**
Straße "Am Wolfsfeld" zwischen Nauroder Straße und Anschluss an die Kloppenheimer Straße in Wiesbaden-Bierstadt;
Mittelfreigabe vorab der Beschlussfassung über den Haushaltsplan
- 23. 04-V-66-0304 DL 06/04-23**

Mittelfreigabe des Deckenprogramms 2004 in Wiesbaden vorab des Haushaltsplanbeschlusses 2004/2005

24. 04-V-66-0305

DL 06/04-24

Mittelfreigabe der Gehwegausbau- und Frostschadenprogramme 2004 in Wiesbaden vorab des Haushaltsplanbeschlusses 2004/2005

25. 04-V-66-0306

DL 06/04-25

Mittelfreigabe der Bauprogramme 2004 in den AKK Stadtteilen vorab des Haushaltsplanbeschlusses 2004/2005

26. 04-V-67-0007

DL 06/04-26

Vorabfreigabe von Mitteln zur Unterstützung von Bürgerinitiativen

27. 04-V-80-8003

DL 09/04-1

Teilnahme an der EXPO Real 2004 in München in der Zeit vom 04. - 06.10.2004

28. 04-V-80-8005

DL 06/04-27

Berufsvorbereitende Praktika für Jugendliche

29. 04-V-80-8008

Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden am Hessentagsfestzug in Heppenheim am 27.06.2004

ANLAGE

Tagesordnung III

1. 03-V-61-0052

DL 06/04-7

FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG für den Planbereich "Gartenstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg; - Änderungs- und Entwurfsbeschluss -

- 2. 03-V-61-0053 DL 06/04-8**
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs "Ortskern Sonnenberg" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Beschluss über die Aufhebung der Fluchtlinienpläne Sonnenberg 1896 teilweise, 1901/1 teilweise, 1909/1 teilweise, 1911/3, 1912/2, 1927/1, 1927/2 teilweise, 1928/1, 1929/2 teilweise, 1929/3, 1929/4 und 1959/1 (HAG) teilweise;
Beschluss über die teilweise Aufhebung der Bebauungspläne 1960/1 (HAG) und 1969/1
- 3. 04-V-11-1005 DL 06/04-2**
- Besetzung der Stelle der Leitung des Revisionsamtes
- 4. 04-V-20-0002 DL 06/04-14**
- Eckdatenbeschluss 2004/2005
- 5. 04-V-30-0001 DL 07/04-7**
- Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht 1, Wi-Mitte
- 6. 04-V-61-0003 DL 06/04-20**
- Bebauungsplanentwurf "Am Floßhafen" in Mainz-Kostheim;
- Änderungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung -
- 7. 04-V-82-0003 DL 06/04-28**
- Parkhaus unter dem Bowling Green

ANLAGE

Zu dem nachfolgend genannten Punkt tagen der Gesundheitsausschuss und der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung gemeinsam am 25.03.2004.

- 8. 04-V-05-0003 DL 10/04-2, 07/04-3**

Tagesordnung IV

1. **03-V-05-0011** **DL 08/04-1 NÖ, 07/04-1 NÖ**
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH
2. **04-V-05-0001** **DL 08/04-2 NÖ, 07/04-2 NÖ**
Einräumung eines Erbbaurechts für ZWERG NASE
3. **04-V-20-0006** **DL 06/04-3 NÖ**
Kredit Nr. 1584 b AKK - Prolongation eines Schuldscheindarlehens über ursprünglich 12.782.297,03 EUR von der Landesbank NRW in Düsseldorf
4. **04-V-22-0001** **DL 10/04-1 NÖ**
Projekt MoVe22 - Verträge mit GES Systemhaus GmbH
ANLAGE
5. **04-V-36-0002** **DL 06/04-4 NÖ**
Niederschrift über die Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 18.12.2003
6. **04-V-36-0004** **DL 06/04-5 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.01.2004
7. **04-V-80-2305** **DL 10/04-2 NÖ, 07/04-3 NÖ**
Verkauf der im Wege des Vorkaufsrechtes in Erhaltungssatzungsgebieten erworbenen Hausgrundstücke an die GWW
ANLAGE

8. **04-V-80-2308**

DL 08/04-3 NÖ, 07/04-4 NÖ

Verkauf eines Baugrundstückes und eines 1/2 Miteigentumanteils an einer Wegefläche in der Anton-Hehn-Straße in Kostheim

9. **04-V-80-2311**

DL 09/04-1 NÖ, 07/04-5 NÖ

Entwicklung und Vermarktung von städtischen Grundstücken im Planungsbereich "Südliche Kohlheckstraße "; Kegelbahn

ANLAGE

10. **04-V-80-2314**

Verkauf der städtischen Grundstücke Hauptstraße 119 - 125 in Mainz-Kostheim

ANLAGE

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin